

# Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,

Samstag

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutsches Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an

Preis

vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 31. Dezember 1904.

№ 150.

## Konsumvereine und Gewerkschaften.

### IV.

Nun ist es aber nicht bloß die Tendenz dieser gewaltigen Bewegung und sind es nicht bloß die von uns für die Zukunft gekennzeichneten Aspekte, welche uns zur genossenschaftlichen Mitarbeit verpflichten, sondern es sind für uns Gewerkschaftler auch sehr reale Augenblicksvorteile, welche eine in richtige Wege geleitete Konsumgenossenschaftliche Bewegung im Gefolge hat. Wie bereits ausgeführt, beklagen einsichtige Genossenschaftler mit uns die in den meisten Konsumvereinen vorherrschende Dividendenjagd, die das Grab aller Genossenschaftsbewegung sein müßte, wenn nicht die erfreuliche Aussicht bestände, daß hier endlich einmal ein kräftiger Niegel vorgeschoben wird. Für welche Zwecke die Dividenden, d. h. der Reingewinn, verwandt werden sollen, haben wir schon gesagt. Wo soll es auch hingehen, wenn um jeden Preis hohe Dividenden oder ein gewisser fester Satz an solchen herausgewirtschaftet werden muß, unbekümmert in welcher Weise. Das führt zu ganz unhaltbaren Zuständen, die ein Lohn auf jede Genossenschaftsbewegung sind. Wenn z. B. im Jahre 1903 der Konsumverein Wylau i. Vogtl. 23 Proz. und der Konsumverein „Haushalt“ in Meerane i. S. 14 Proz. Dividenden verteilten, also auf jede Mark Kaufpreis 23 bzw. 14 Pf. rückvergüteten, so ist das kein gesunder Zustand. Oder ist es erstrebenswert, daß die Konsumvereine von der Hausindustrie, von Holzdruckern usw. ihre Produkte beziehen, und die durch die gedrücktesten Löhne und durch schlimmste Ausbeutung hergestellten billigen Produkte wieder an Arbeiter verkaufen, deren „Dividenden“ dann im Lichte der durch sie geförderten Ausbeutung ihrer Kameraden erscheinen? Da verlohnt es sich wahrlich nicht, erst Mitglied eines Konsumvereins zu werden, um als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter mit Hilfe der Konsumgenossenschaftlichen Organisation seine „Lage zu heben“ durch indirekte Ausbeutung anderer Arbeiter! Der Arbeiter von heute soll aber begreifen, daß wirtschaftliche Macht alle andere Macht in der Gesellschaft in sich schließt, deshalb muß aus diesen Gründen und auch aus den Gründen der Schaffung besserer volkswirtschaftlicher Verhältnisse die Macht der Konsumvereine unter allen Umständen dahin geltend gemacht werden, nur von solchen Fabrikanten Waren einzukaufen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Frage kommenden Gewerkschaft anerkennen und den Organisationsbestrebungen der betreffenden Arbeiter kein Hindernis in den Weg legen. Man mag bei den Konsumvereinen einmal eine Umfrage veranstalten, um nachzuweisen zu können, wie viel oder wie wenig sie sich darum kümmern, ob die von ihnen bezogenen Waren von Arbeitern angefertigt sind, deren Arbeitgeber auch die tariflichen Forderungen der betreffenden Gewerkschaften anerkennen. Hier vermögen die Konsumvereine ihre Macht als einflußreiche Käufer zugunsten einer bessern Lebenshaltung der Arbeiter oft wirkungsvoller geltend zu machen als die in Frage kommenden Arbeiter selbst. Vor Jahren stellte einmal der deutsche Bäckerverband an 24 Ge-

nosenschaftsbäckereien und 44 Konsumvereine mit eigenem Bäckereibetriebe folgende Forderungen: 1. bei Einstellung von Bäckereiarbeitern diese nur durch die Arbeitsnachweise des Verbandes eventuell den Verbandsvorstand zu beziehen und 2. da, wo noch eine längere Arbeitszeit in diesen Betrieben gebräuchlich ist, nach Möglichkeit auf die Einführung der Achtstundenschicht hinzuwirken. Von den 24 Genossenschaftsbäckereien hatten 5 in zustimmenden, 1 in ablehnendem Sinne, die anderen 18 gar nicht geantwortet; von den 44 Konsumvereinen antworteten 5 in zustimmendem Sinne, die anderen 39 gar nicht. Noch drastischer war das Resultat, welches der Verbandsvorstand mit einigen Anfragen bei 621 Konsumvereinen erzielte, welche Backwaren von Bäckermeistern bezogen und jene im Konsumvereine feilschten. Hier interessieren uns vor allem die Fragen 4 und 5, welche lauten: „4. Haben Sie mit ihrem Lieferanten Abmachungen getroffen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der von diesem beschäftigten Arbeiter? Welche? Desgleichen Bestimmungen, daß dieselben ihren Arbeitern keine Schwierigkeit wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation machen, eventuell nur organisierte Arbeiter beschäftigen sollen?“ Den Verband interessierte in der Hauptsache, daß geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorhanden sein müßten, wo die Konsumvereine einkaufen, und daß die Arbeiter nach Belieben einer gewerkschaftlichen Organisation angehören dürfen. Von diesen 621 Konsumvereinen antworteten ganze 46, von denen 27 die Fragen 4 und 5 verneinten. Diese 46 Konsumvereine — unter 621 — bezogen von 316 Bäckermeistern für nahezu vier Millionen Mark Brot und Backwaren! Sofern also diese Käufer hier, meist Arbeiter, für ihre Brüder etwas übrig gehabt hätten, die 316 Bäckermeister würden unter Androhung des Entzuges der Kundenschaft wohl für eine Aufbesserung der Lebenshaltung ihrer Arbeiter zu haben gewesen sein. Dafür müssen aber die Konsumvereine als Käufer eintreten, wenn sie das Volk hinter sich haben wollen, wenn man mit gutem Gewissen die Gewerkschaften anrufen soll, ihre genossenschaftliche Pflicht zu tun! Betrübend ist es, wenn unter jenen 46 Konsumvereinen der in Wylau (Vogtl.), den wir weiter oben genannt haben, und der sich hauptsächlich aus Webereiarbeitern zusammensetzt, dem Vorstände der Bäckereiarbeiterorganisation antwortete: „Wen der Bäcker beschäftigt, kann uns gleich sein, übrigens geht das uns nichts an, um solche Sachen haben wir uns nicht zu kümmern.“ Dabei bezog dieser Konsumverein von fünf Bäckermeistern Brot und Backwaren im Werte von 90 000 Mk., pro Bäckermeister 18 000 Mk. in einem Jahre! Würde solch ein Lieferant lieber diesen Auftrag schwimmen lassen oder den Wunsch des Konsumvereins erfüllen, die bescheidenen Forderungen der organisierten Bäcker zu befriedigen? Die Mainummer 1904 der „Deutschen Bäckereizeitung“ schreibt in bezug auf einen Streitfall zwischen der Verwaltung des Konsumvereins Leipzig-Eutritsch und den von ihr beschäftigten Bäckereiarbeitern: „Der Verwaltung des Eutritscher Konsumvereins ist also dasselbe Recht eingeräumt wie jedem kapitalistischen Unternehmer.

Und von dem Grundjage ausgehend, an den Arbeiterlöhnen von unten zuerst zu sparen, hat der Eutritscher Konsumverein, der eine Arbeitergenossenschaft sein will, sich auf den nackten Standpunkt des modernen Kapitalisten gestellt.“ Und auch erst im Jahre 1904 ist durch den Druck der organisierten Buchdrucker der bedauerliche Zustand beseitigt worden, daß die Konsumvereine Leipzig-Plagwitz und Leipzig-Stötteritz die weitere Vergebung sehr wesentlicher Druckaufträge an die damit beauftragte Druckerei von der Bezahlung des Tarifes an die Gehilfen abhängig machten, nachdem vorher jahrelang diese Druckerei 14 bis 16 Mk. Lohn bezahlte und die elfstündige Arbeitszeit dekretierte; selbstverständlich war in dieser Druckerei für Verbandsmitglieder kein Platz. Dabei saßen im Aufsichtsrate des Plagwitzer Konsumvereins radikale Buchdrucker der verflochtenen „Gewerkschaft“!! Warum ließen diese Konsumvereine ihre Druckarbeiten nicht in Leipzig herstellen und suchten sich erst eine solche allen tariflichen Bedingungen hohnsprechende Provinzdruckerei?

Wir bedauern selbst aufs lebhafteste, zu derartigen Feststellungen gezwungen zu sein, aber es ist die verdammt Dividendenjagd, die auf die geschilderten Abwege führt. Kein Konsumverein will damit hinter dem andern zurückstehen, und so wird es eine Schraube ohne Ende, die keinesfalls bei denkenden Arbeitern dann agitatorisch wirkt. Sagt doch selbst Heinrich Kaufmann in seinem Artikel „Die Katastrophe im Konsumvereine Leipzig-Connewitz“: „daß die Verwaltung zur Ausbezahlung der Rückvergütung stets den letzten Pfennig zusammenkehren mußte, wenn sie sich nicht den Vorwurf machen lassen wollte, zur Leitung ihres Konsumvereins unfähig zu sein.“ Selbstverständlich hält Kaufmann diesen Standpunkt nicht für berechtigt, aber die Verhältnisse liegen nicht nur in Leipzig so.

Genug der trüben Bilder. Soweit unsere Stimme in dieser Frage gehört wird, wünschen wir aufrichtig, unsere Kollegen möchten überall, wo Konsumvereine bestehen, dort für die höheren Aufgaben derselben wirken, möchten sich rege an der Aufklärung des Volkes im Sinne der Genossenschaftsbewegung beteiligen, sich ein Beispiel nehmen an dem der großen Außenwelt verborgen bleibenden zielbewußten Ringen der Hamburger „Produktion“, dann kommt auch durch die Hilfe der organisierten Buchdrucker die Genossenschaftsbewegung ein Stück vorwärts. Vor allem möchten wir unsere Kollegen in solchen Orten, wo Konsumvereine erst im Entwicklungsstadium sich befinden, erjuchen, ihre Kräfte in den Dienst dieser Vereine und damit auch in den der Gewerkschaftsbewegung zu stellen. Wir zweifeln nicht daran, daß, wie in aller Entwicklung, nach und nach auch noch verschiedene Mißstände, zum Teile solche wie geschildert, verschwinden werden, aber ohn' Fleiß kein Preis! Sollen die Konsumvereine mit dem Geiste erfüllt sein, der es den Gewerkschaften zur Pflicht macht, ihre Mitglieder zu freundlicher und tatkräftiger Agitation für die Konsumvereine zu begeistern, so kann dieser rechte Geist nur dann in diesen Vereinen heimisch sein, wenn nicht mit der Warenzuteilung und der Er-

zielung möglichst hoher Ueberflüsse das Wesen der Konsumvereine erschöpft ist. Ihnen ist ein großes Stück jener Aufgabe übertragen, die Arbeiter durch augenscheinliche Tatsachen zu überzeugen, daß aus dem privatkapitalistischen Labyrinth heraus ein Ariadnefaden das Volk sicher zum Lichte, zur ökonomischen und sozialen Freiheit führt. Wollen wir in einen erreichbaren, in einen der fortbauenden praktischen Arbeit von heute auf morgen zu dankenden möglichen Zukunftsstaat hineinkommen, dann gehört unsre Arbeit gleichermaßen den Gewerkschaften wie den Genossenschaften. Dann wird in Erfüllung gehen können, was kürzlich in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Heinrich Kaufmann in die gedankenvollen Worte kleidete: „Ich rede, was ich weiß, und zeuge, was ich gesehen habe und was vor eines jeden Gebildeten Augen ist. Vor Augen aber ist von den Weltennebeln bis zu den Sonnensystemen, vom einzelligen Protoplasma-Klumpchen bis zum kunstvollen Bau des menschlichen Leibes, von den Horden dahinschweifender Wilden bis zur heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung eine ununterbrochen aufsteigende Entwicklungslinie. Ein Faktor dieser Entwicklung ist auch die Konsumgenossenschaftsbewegung. Das Vordringen einer genossenschaftlichen Distribution und Produktion und die damit verbundene größere Ordnung in der Volkswirtschaft sowie die Wahrung des Interesses der Gesamtheit bedeutet gegenüber einer rein individualistischen und anarchischen Wirtschaftsweise im Interesse einer Minderheit einen Fortschritt, eine höhere Stufe der Entwicklung!“

## Aus Oesterreich.

In den letzten zwei Jahren konnte man in fast jeder Wiener Buchdrucker-Versammlung recht unerbauliche Sachen erfahren, die einem die Frage nahe legten, wohin es denn führen werde, wenn das so fort gehe. Es hat auch früher Konditionslose Kollegen gegeben, wenn sie auch nicht in so hoher Zahl vorhanden waren, aber der Unterschied zwischen früher und jetzt ist ein großer. Die Konditionslosen in früherer Zeit hielten sich mit ihren arbeitenden Kollegen ein, denn sie betrachteten die Konditionslosigkeit als ein Uebergangsstadium; heute ist dies bei vielen anders. Es hat sich ein Gegensatz zwischen den Konditionslosen und den Arbeitenden herausgebildet, wie man ihn früher teilweise zwischen gewissen reisenden Kollegen (den sogenannten „duftigen Kunden“) und den stabilen bemerken konnte, und der sich seither ja auch zugespielt hat. Die Konditionslosen (es ist immer von den Wiener Konditionslosen und auch da nur von einer gewissen Kategorie derselben die Rede) sehen die Arbeitenden als ihre Feinde an, beschimpfen und terrorisieren sie und betrachten auch die Einrichtungen des Verbandes als Ausbeutungsobjekte, die sie sich durch allerlei Schliche und Winkelzüge nutzbar zu machen verstehen. Das Vereinslokal des Wiener Verbandsvereins, früher ein gemüthlicher Aufenthalt für alle guten Kollegen und ein gern besuchtes Leses- und Spiellokal, ist zum Schauplatz wüster Szenen geworden, in dem einige Schreihälse ein terroristisches Regiment führen, wodurch den meisten Kollegen der Besuch desselben verleidet ist, denn sie werden dort angeulkt und angeflänkt; die Vereinsfunktionäre und Beamten werden belästigt, beleidigt und terrorisiert, die Kollegialität wird mit Füßen getreten. Die Konditionslosigkeit wird zum Geschäft gemacht, denn die Verdienste bei Ausschüssen an Zeitungen, zusammengezogen mit der Konditionslosenunterstützung einzelner dieser Kollegen, betragen oft mehr als der übliche Durchschnittsverdienst. Sie verstehen es sehr wohl, das Unterstützungsreglement zu ihrem Vortheile auszulegen, denn bald sind sie konditionslos, dann auf der Reise, dann „krank“ und gehen in Landausenhalt, wo man sie ihre Gesundheit in nächstlichen Spelunken herstellen findet. Hat ja eines dieser „teueren“ Verbandsmitglieder, wie ausgerechnet wurde, innerhalb der Zeit von 1890 bis heuer den Betrag von mehr als 5000 K bloß als „Kranken“unterstützung aus dem Verbands „herausgeholt“, dazu kommt ein gleicher Betrag aus der Orientalenkrankenkasse. So daß er in 13 Jahren mehr als 10000 K an Krankenunterstützung bezog! Diese Herren besuchen die Sitzungen der Ausschüsse, informieren sich über alles und nennen jeden einen Denunzianten, der an die Verbandsfunktionäre Anzeigen im kollegialischen Sinne oder auch nur wahrheitsgemäße Aussagen macht. Noch mehr, sie verklagen die Funktionäre, die sie bei jeder Gelegenheit beschimpfen und verfluchen, wegen der unbedeutendsten Aeußerungen und ziehen sie vor Gericht. In den Versammlungen führen sie das große Wort, indem sie sich als diejenigen geben, die sich für die Allgemeinheit

opfern und zu leiden haben, während sie oft nur die gar nicht bebauernswerten Parasiten an der Allgemeinheit darstellen. Ihre hyperbattischen Mäuren und Schlagworte reifen einen Teil der unerfahrenen Kollegen mit sich, wodurch dem Vereinsausschusse (der „Kamarilla“) die Verantwortung noch mehr erschwert wird, und es ist für den Beobachter geradezu unbegreiflich, daß eine so wohl organisierte Gemeinschaft, wie es die Buchdrucker sind, solche Elemente nicht abzuschießen vermag. Die Versammlungen der letzten Zeit mußten sich immer mehr mit diesen Vorfällen befassen, und es verging auch keine Ausschussung des Wiener Vereins, wo es nicht endlose Debatten darüber gab. Der Ausschuss mußte Ausschließungen aus dem Lesesaal vornehmen (sie wurden selbstverständlich nicht beachtet); es kam zu Ausschließungen aus dem Vereine, ja zur Sperrung des Lesesaales. Der Vereinsausschuss mußte seine Sitzungen vertraulich abhalten, damit die Ausschussmitglieder, die nicht etwa im Sinne der Terroristen sprachen oder stimmten, vor Insulten geschützt seien und dessen Beschlüsse nicht illusorisch gemacht werden. Die letzte Versammlung nun hatte sich ausschließlich mit diesen Vorfällen zu befassen und es wurden der Kollegenchaft alle die Manipulationen dieser „Opposition“ vor Augen geführt. Es wurden auch Beschlüsse gefaßt, um dieses Unwesen einzudämmen. Möge es gelingen, diese Schädlinge der Organisation, der Kollegialität und des Ansehens der Buchdruckerschaft unerschädlich zu machen; hier gilt der Bibelspruch: „Wenn dich ein Auge heißt, so reiße es aus!“ Denn zur Ehre gereichen diese Leute weder den Wiener Kollegen, noch der Gesamt-Kollegenchaft, noch der Buchdruckerwelt.

Die Wiener Kollegenchaft ist durch ein Vorkommnis aus ihrer Weihnachtsruhe gestört worden, das so recht die Rechtsunsicherheit der österreichischen Arbeiterorganisationen dokumentiert. Die Wiener Graphische Gesellschaft, die Herausgeberin der „Graphischen Neuze“, hatte mit der Herausgabe dieses Blattes bzw. mit dessen letztem Drucker so traurige Erfahrungen gemacht, daß sie beschloß, eine eigene Druckerei zu errichten. Sie wendete sich zu dem Zwecke an den Wiener Verbandsverein um ein Darlehen von 20000 K aus dessen Unterstützungskasse. Dies Gesuch kam in der Generalversammlung am 27. November zur Beratung und fand trotz Opposition Annahme. Unter den Opponenten befand sich ein Mitglied namens Adolf Stark, dessen geringe moralische Qualität älteren Wiener Kollegen nicht ganz unbekannt ist, der aber in den letzten Jahren öfters sich als „guter Kollege“ aufspielte und auch in dieser Versammlung sich als solcher gab, indem er sagte, man möge lieber die von der sozialdemokratischen Partei gegründete Druckerei der „Arbeiter-Zeitung“ unterstützen. Nun erhielt am 17. Dezember der Obmann des Wiener Verbandsvereins, Kollege Mieß, eine Vorladung zur Polizei, wo ihm mitgeteilt wurde, daß von genanntem Stark eine Anzeige bei der Statthalterei erstattet worden sei, daß der Verein der Graphischen Gesellschaft ein Darlehen von 20000 K gewährt habe; da aber der Verein in der Unterstützungsabteilung (über deren Vermögen der Verein frei verfügen kann) ein Defizit von 4492 K, in der Begräbniskostenabteilung (die nach dem Statut eine regelrechte Versicherungskasse ist, unter staatlicher Aufsicht steht und deren Gelder pupillarisch angelegt sein müssen) einen Ueberfluß von 20111 K aufzuweisen habe, so sei das Statut übertreten worden. Der Beschwerdeführer erhebe daher dagegen Protest und bitte die Statthalterei, die Tätigkeit des Vereins zu sistieren. Der Denunziant, der außerdem den Vereinsausschuss beschuldigte, in jener Versammlung die Mitglieder über die Vermögenslage unrichtig informiert und so zu einem statutenwidrigen Beschlusse veranlaßt zu haben, wollte durch die Gegenüberstellung des Defizits in der Unterstützungsabteilung gegenüber dem Ueberflusse in der Begräbniskostenabteilung die Regierung zu der Meinung bringen, daß die Gelder der unter Staatsaufsicht stehenden Versicherungsabteilung zu statutenwidrigen Zwecken verwendet werden und verschwiege daher die Tatsache, daß die Unterstützungsabteilung trotz des vorjährigen Defizits ein bewegliches Vermögen von nahezu 50000 K besitzt, über dessen Verwendung der Behörde keinerlei Einfluß zusteht. Der Obmann Mieß beantwortete die Denunziation mit einer Eingabe, in welcher die Sachlage genau auseinandergesetzt und die statutgemäße Beschlußfassung und Bewilligung des Darlehens nachgewiesen wurde. Es ist somit anzunehmen, daß die niedrige Haberei keine weiteren üblen Folgen haben wird; wer aber die Amtshandlungen der österreichischen Regierung gegen Arbeiter- und insbesondere gegen Buchdruckerorganisationen von früher kennt, kann sich die Entrüstung vorstellen, welche diese Denunziation trotz ihrer innern Unwahrheit hervorgerufen hat; denn wie leicht hätte sie die Sistierung oder Auflösung des Vereins herbeiführen können, was unendliche Opfer für die Allgemeinheit und vielleicht auch den Ausfall von Unterstützungen der zahlreichen Konditionslosen, Kranken, Invaliden, Witwen und Waisen zur Folge gehabt hätte. Zum Nachdenken regen allerdings die Tatsachen an, daß der Wiener Verein anlässlich des letzten Streiks im Jahre 1891 aufgelöst wurde; daß vor der letzten Tarifbewegung der berüchtigte „Fall Zerasselt“, der zur Auflösung oder Sistierung des Verbandes führen sollte, eingestandenemassen von den Prinzipaliden inzieniert wurde, und daß jetzt, wieder vor einer Tarifbewegung, neuerdings ein solcher Putsch verjodet wird und dabei ein eheamtiger „Schuster“ die Hauptrolle spielt.

Die Organisation der Steinbrucker, die erst in den letzten Jahren in ein moderneres Fahrwasser gelangte,

hat es nun durchgesetzt, daß trotz des anfänglichen Widerstandes der Prinzipalität die Lohnverhältnisse in den maßgebenden Gebieten, in Wien, Prag, Nordböhmen und in Graz geregelt worden sind. Als Vorbild hat den Steinbruckern der österreichische Buchdruckerarif gegolten, dem ihre Arbeitsbedingungen in der Hauptache, Arbeitszeit und Lehrlingslöhne, nicht aber in den Lohnansätzen entsprechen. Dem Steinbruckergerbe, das in Oesterreich noch lange nicht den Grad der Vollkommenheit erreicht hat, kann nach der Einführung der Tarifgemeinschaften nur eine Hebung in Aussicht gestellt werden.

Weshalb ein Unterschied in Oesterreich zwischen Theorie und Praxis besteht, habe ich zu wiederholtenmalen in diesem Blatte zu zeigen Gelegenheit gehabt. Oesterreich hat die schönsten Staatsgrundgesetze, es hat das beste Koalitionsgesetz und hat die vorzüglichsten Arbeiterschutzbestimmungen — auf dem Papiere; dafür aber haben es überall an der Durchführung, und wenn es im Laufe der Jahre doch besser geworden ist, so ist das bloß der erzieherischen Wirkung der Arbeiterorganisationen nicht nur auf die Arbeiter, sondern viel mehr auf die Ueberwachung und Durchführung der Gesetze bestimmten Organe zu verdanken. Seit einigen Jahren hat Oesterreich zu all seiner Glückseligkeit auch eine moderne Regierung, die das goldene Zeitalter innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle einzuführen berufen wäre, wenn sie all ihre Gesetzeswürfe und Projekte verwirklichen würde. Da aber bisher noch sehr wenig von den Projekten ausgeführt wurde, darf man den Spidwärtlich gewordenen, aber auch sehr berechtigten österreichischen Pessimismus nicht aufgeben. Vor einigen Jahren überraschte das Ministerium Körber die Welt mit einem neuen Pressegesetzentwurf, der auch den höchstgespannten österreichischen Pressefreiheitsdrang übertraf. Was versprach man sich nicht alles von der Verwirklichung dieses Entwurfes, besonders in den typographischen Kreisen! Er ist bis heute noch nicht Gesetz, ebenso wie viele andere Entwürfe des Ministeriums Körber. Er war nur ein Körber, das Parlament arbeitsfähig zu machen. Es hat nichts genützt. Auch jetzt wieder hat Körber einen seiner Trümpfe ausgespielt, indem er in dem Momente, als es sich zeigte, daß das österreichische Abgeordnetenhaus nicht zum Arbeiten zu bringen ist, ihm ein „Programm“ für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung vorlegte. Es ist das zweifelsohne ein Verdienst der organisierten Arbeiterschaft, die seit Jahren für den Ausbau der Arbeiterversicherung agitiert. Die Vorlage ist kein fertiger Gesetzesentwurf, sondern nur ein „Programm“, stellt somit die Basis dar, auf der die Interessenten verhandeln und sich einigen sollen. Das gesamte Gebiet der Arbeiterversicherung soll in eine einheitliche Form gebracht, die Versicherung auf einen größeren Kreis von Personen ausgedehnt und durch die Alters- und Invalidenversicherung ergänzt werden. Die Zahl derjenigen, auf die sich die Krankenversicherung künftig erstrecken soll, soll von zweieinhalb auf mehr als fünf Millionen erweitert werden. Neben der industriellen Arbeiterschaft sollen insbesondere die land- und forstwirtschaftlichen sowie die häuslichen Dienstboten in den Bereich der Versicherung gezogen werden, zumeist freiwillig nur als sogenannte Zelfversicherung, die kein Krankengeld, sondern lediglich ärztliche Hilfe, Medikamente und Spitalpflege zu beanspruchen hätten. Auf den gleichen Kreis wie die Krankenversicherung soll sich auch die Invalidenversicherung erstrecken. Ganz anders bei der Unfallversicherung, deren Kreis nur infolge einer Erweiterung des Art. 13 der Verfassung endlich zu ihrem Rechte kommen sollen, bei Betriebsunfällen so behandelt zu werden wie die industriellen Arbeiter. Die Leistungen, die den Arbeitern in Aussicht gestellt werden, sind freiwillig bescheiden. Eine Erweiterung soll nur die Krankenunterstützung, und zwar dadurch erfahren, daß sich der Anspruch bis zu 52 Wochen erstrecken soll, während er bisher bloß bis zu 30 Wochen dauerte. Dagegen sollen die Spitäler auf Kosten der Kranken saniert werden. Die Renten der Unfallverletzten, die gegenwärtig 60 Proz. des Verdienstes im Höchstmaß betragen, sollen im Durchschnitt eine Verringerung und nur bei schweren Folgen der Berufsglättung eine Erhöhung erfahren. Die geplanten Invaliden- und Altersrenten sind von beschämender Niedrigkeit. Sie bewegen sich zwischen 120 und etwa 500 K und sollen als Altersrenten mit dem vollendeten 65. Lebensjahre beginnen. Einer der wichtigsten Vorschläge des „Programms“ ist der der Beteiligung des Staates an der Aufbringung der Mittel. Hier ist, wie zugegeben werden muß, mehr in Aussicht gestellt, als die Deffizitlichkeit bisher anzunehmen geneigt war. Freilich hat das Regierungsprogramm über den Ausbau der Arbeiterversicherung auch seine Schattenseiten, von denen die dunkelste die ist, daß die Selbstverwaltung der Krankenkassen geopfert werden soll, die einzige Form, in der die österreichische Arbeiterschaft bisher von Gesetzes wegen an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten beteiligt war. Dieser schmachvolle Wunsch der österreichischen Bureautratie ist aber für die Arbeiterschaft unannehmbar; denn wie vorhin bemerkt, kein Arbeiterschutz zur Durchführung gelangt ohne Gewerkschaften, so bleibt jede Arbeiterversicherung ohne Selbstverwaltung auf dem Papiere. Eine Bureautratifizierung der Arbeiterversicherung würde unträglich zur Verhinderung führen und zu einer Armenversorgung der Arbeiter herabsinken. Ferner, gleichfalls ein Eingriff in die Selbstverwaltung, soll die Beitragsleistung zu den Krankenkassen statt wie bisher zu zwei Dritteln von den Arbeitern und einem Drittel von den Unternehmern künftig von beiden Teilen je zur Hälfte getragen und

demgemäß auch die Mandate in der Generalversammlung und im Vorstande ihnen je zur Hälfte zufallen. — Eine große Anzahl von Krankenkassen, und zwar jene, die nicht mindestens 500 Mitglieder zählen, soll nach dem Programme befristet werden. Die Bezirkskrankenkassen sollen in Zukunft mindestens 1000 Personen aufzuweisen haben, wenn sie bestehen bleiben sollen. Durch diese Maßregel dürfte die Zahl der jetzt bestehenden 3000 Krankenkassen auf 1000 herabzinken, was gar nicht so sehr zu bedauern wäre. Die Einführung der Witwen- und Waisenvorsorge soll keine Berücksichtigung finden. Als Ersatz soll eine Kapitalversicherung der Hinterbliebenen eingeführt werden, die sich auf Summen von mindestens 120 bis höchstens 800 K erstrecken soll. — Es wird Sache der österreichischen organisierten Arbeiterchaft sein, alle Institute darauf zu verwenden, daß dieser Entwurf nicht e das Preßgesetz und viele andere wieder einschläfen, sondern auch Gesetz werde und daß die nötigen Verbesserungen vorgenommen werden. Es könnte sonst leicht die Arbeiterchaft der Beteiligung am parlamentarischen Leben überdrüssig werden, denn seit sie ihre Vertreter in der Reichsrats Abgeordnetenversammlung hat, ist vom gesetzgebenden Standpunkte fast gar nichts für sie geleistet worden.

Montag den 28. November fand in Wien eine Allgemeine Buchdruckerversammlung statt, die den Zweck hatte, gegen die Verfassung der Volksliste, die durch die Wiener Christlichsozialen ganz rückwärts betrieben wird, zu protestieren, wie es die gesamte Arbeiterchaft getan hat. Nach der sehr zahlreich besuchten imponenten Versammlung kam es zu Demonstrationen, wobei die Polizei vom Leder zog, was in letzter Zeit in Oesterreich allerdings den Alltagslichkeiten gehört, denn es vergeht gegenwärtig keine Woche, wo man nicht in den Zeitungen von Erzeissen und Demonstrationen, von Polizeiverordnungen und von Verwundeten und Toten bald in dieser, bald in jener Stadt liest.

Die Wahl des Redakteurs des ungarischen Gehilfenblattes ist noch immer nicht erledigt. In dieser Stelle wurde seinerzeit berichtet, daß eine Stichwahl zwischen den beiden offiziellen Kandidaten, die die meisten Stimmen erhielten, ausgeschrieben wurde. Diese ergab nun ein ähnliches Ergebnis wie die Hauptwahl: die beiden Kandidaten erhielten zusammen 1238 Stimmen, während auf Julius Beidel 1240 Stimmen entfielen. Das Organisationskomitee erklärte daher diese Wahl für ungültig und demissionierte. Es wurde nun eine neue Offertauschreibung und zwar für beide Redakteure vorgenommen. Die Neuwahl des Organisationskomitees findet am 3. Januar statt. Die „offizielle“ Kandidatenliste hierzu wurde von einer kleinen Anzahl von Kollegen in der Budapestervertrauensmännerversammlung aufgestellt, nachdem sich die Mehrzahl entfernt hatte. Wie wird das enden?

Die Budapestere Stereotypen haben einen bemerkenswerten Erfolg errungen. Sie haben zum erstenmale einen Tarif abgeschlossen, wonach ihnen die neunstündige Arbeitszeit und ein Minimum von 30 K, bei Nacht von 42 K gewährleistet wird. Montagstrüßblätter müssen in Ueberjahren hergestellt werden. — Auch die Maschinenfabrik Budapesters, wie die „Typographia“ mitteilt, vor einer Tarifbewegung, weshalb sie vor Zugung warnt. — Seit 2 1/2 Jahren hat sich die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Ungarn vervielfacht und zählte Mitte dieses Jahres über 52000. Das ungarische Gewerkschaftskomitee zählt 15 Zentralverbände; die Zahl der Lokalvereine beträgt 29 und ist in obigem Zeitraum um mehr als die Hälfte gestiegen, ein erfreuliches Zeichen vom Aufgeben des Partikularismus. Die Gesamtauflage der ungarischen Gewerkschaftsblätter beträgt 60000 Exemplare, vor drei Jahren waren es erst 12000. Es erscheinen 21 Fachblätter in Ungarn, davon die „Typographia“ wöchentlich, 14 erscheinen monatlich zweimal und 6 monatlich einmal.

## Rundschau.

Vom internationalen Buchdruckersekretariats ging uns ein längeres Schreiben zu, das über die unterlassene Berichterstattung des Sekretärs Stautner von dem Kongresse des italienischen Buchdruckerverbandes Aufklärung gibt. Danach hat Kollege Stautner den Text der in Rom gefassten Beschlüsse nicht erhalten können, und zwar weder in Rom selbst, noch auf seine wiederholten Mahnungen bis zur Stunde nicht nach Bern. Die Unordnung auf dem Kongresse sei sehr groß gewesen, der den ausländischen Vertretern beigegebene Uebersetzer, obwohl selbst Mitglied des italienischen Verbandes, habe sich so unkundig in Organisationsangelegenheiten erwiesen und sei so häufig nicht bei den Verhandlungen zugegen gewesen, daß seine Dienste für die Vertreter der ausländischen Organisationen nur einen recht zweifelhaften Wert gehabt hätten. Kollege Stautner berichtet noch, er habe den Italienern betreffs ihrer Narkotikschmerzen gründlich den Text gelesen, denn seit drei Jahren bereits gewähren dieselben Reiseunterstützung nicht mehr. Die Verhandlungen von Rom könnten unter diesen Umständen erst im Jahresberichte des Sekretariats Aufnahme finden, d. h. wenn das Protokoll bis dahin vorliegen wird. Wir erkennen an, daß der internationale Sekretär sein Möglichstes getan, um die Verhandlungen des italienischen Verbandes der Buchdrucker bekannt zu machen; wir schließen aus seiner Zeitschrift des fernern, daß das italienische Organ bislang keinen informierenden Bericht über den Kongress gebracht

hat, denn sonst hätte St. wohl schon eine Uebersetzung davon besorgt. Um einem solchen Schandrian zu steuern, wäre es aber angebracht, berartige Zustände in den Mitteilungen des Sekretariats gebührend anzunehmen, denn mit der öffentlichen Kritik, wenn dieselbe in allen Organen der angeschlossenen Verbände erfolgt, wäre vielleicht noch am ersten zu dem gewünschten Ziele zu kommen. Wenn wir nicht auf dem Wege des internationalen Sekretariats uns über die Verhältnisse und Vorkommnisse in den ausländischen Organisationen informieren können — eine direkte durch eigene Berichterstatter ist nicht in allen Fällen möglich, der „Corr.“ strebt sie schon lange an —, dann wird das Interesse an der ausländischen Buchdruckerbewegung wohl nicht steigen.

Christlich-gewerkschaftliche Werberuche für den Gutenbergbund sind kürzlich in Loth (Bayern) wahrzunehmen gewesen. Der christliche Arbeitersekretär Strüvinger ging nämlich mit dem Statut des Bundes unter den Buchdruckern genannten Dries hausieren, dabei mit besonderem Eifer auf die christlichen Grundlage des Gutenbergbundes verweisen. Als die Gutenbergländer der guten Stadt Loth keine Lust zum Anbeissen zeigten, eröffnete Strüvinger den Jögenden eine herrliche Perspektive: in dem in Würzburg erscheinenden „Fränkischen Volksblatt“ (Zentrumsorgan) seien nur Gutenbergländer beschäftigt usw. Aber auch diese Vorteile vermochte die zurückhaltenden Lothrer Gehilfen nicht zu begeistern, Strüvinger hatte umsonst für den gutchristlichen Bund die Werbetrommel gerührt. Sie wären auch enttäuscht worden, denn in genannter Zeitung sind ausschließlich Verbandsmitglieder beschäftigt. Herr Strüvinger würde daher gut tun, seine Dankbarkeit für die Zugeselligkeit der Bündler zum christlichen Gewerkschaftskartelle in Würzburg — trotzdem doch der Gutenbergbund auf seiner diesjährigen Generalversammlung den Anschluß an die Christlichen abgelehnt hat — etwas vorzichtiger zu bekunden. Noch besser aber täte er, seine agitatorische Kraft für den christlichen Verband der graphischen Arbeiter zu entfalten, der weniger durch sein Wirken als durch die eltschaste, vor einiger Zeit in Pöbn passierte Geschichte bekannt wurde, daß ein Vertrauensmann dieses Verbändchens einem verhassten Mitkollegen (Buchbinder) durch einen Lehrling ein Paket mit veritablem Menschenfote in die Tasche stecken ließ. Dieses Mustermitglied slog zwar aus dem Bunde wegen dieser gemeinen Handlungsweise hinaus, der christliche Verband der graphischen Arbeiter aber ist dadurch unverdientermaßen bekannt geworden und der Arbeitersekretär Strüvinger sollte doch bedacht sein, denselben noch in anderer Weise populär zu machen, der Gutenbergbund ist das schon mehr wie genug.

Spotten ihrer selbst und wissen nicht viel! Im „Breslauer Adreßbuch“ für 1905 ist zu lesen: „Gutenbergbund. Zweck: Pflege der Tarifgemeinschaft.“ Und dabei ist es in Breslauer Buchdruckerkreisen stadtbekannt, daß außer einigen die vielleicht zwei Duzend Mitglieder des Gutenbergbundes ihr Dasein in untariftmäßigen Offizinen stiften und ruhig warten, bis Verbandsmitglieder dem Tarife Anerkennung verschaffen!

Ueber die gesundheitlichen Verhältnisse der Buchdrucker fabuliert die in Magdeburg erscheinende antikemistische „Sachsenschau“ wieder nette Sachen zusammen. Anlaß dazu bietet ihr ein im Klinischen Anzeiger wiederbegebener Vortrag des Dr. med. Franke aus Offenbach in einer Frankfurter Mitgliederversammlung (siehe „Corr.“ Nr. 147) über: „Die Krankheiten der Buchdrucker“. Ihren hochwohlweisen Senf gibt die „Sachsenschau“ diesmal in folgender Weise dazu: „Jeder ältere Buchdrucker, der diese hohe medizinische Weisheit verzapfen sieht, schüttelt den Kopf und sagt mit uns, daß dieser Arzt sicherlich noch in keiner Druckerei gewesen ist. Sonst würde er sicherlich nicht solche Dinge vorbringen. Der Setzer und Drucker führt im Durchschnitt ein gesunderes Leben als alle anderen Handwerker. Originell ist die Bleikolik, welche auch in den Körpern vieler Gewerbeinspektoren spukt. Wenn die Herren sich einmal nach den Bestandteilen erkundigen wollten, aus denen die Schriften hergestellt sind, so würde sehr bald die Bleikolik aus ihrem Kopfe verschwinden. Man fragt sich vergeblich, wie sich solche Vorurteile selbst bei wissenschaftlich gebildeten Leuten so lange halten können. Nun, die Prinzipale sind im allgemeinen viel zu gleichgültig, um sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern. Viele verstehen auch von ihrem eignen Geschäft nichts, da sie keine sachmännische Bildung genossen haben. Die Gehilfen aber haben kein Interesse daran, diese alten Vorurteile wegzuräumen, weil diese den Andrang zu ihrem Berufe immerhin etwas abschwächen.“ Jedesmal, wenn dieser erfahrene alte Buchdrucker vom eignen Fache an zu plaudern fängt, schlägt ihm seine Weisheit arg ins Genick. In der Artikelserie „Jahresberichte“ ist bereits dem Reichstagsabgeordneten Erzberger seine hohe Meinung von den guten sanitären Verhältnissen bei den Buchdruckern widerlegt worden. Dem Drucker der „Sachsenchau“ in Magdeburg sei hier nur kurz entgegengehalten, daß im Jahre 1903 auf 100 Mitglieder des Verbandes 40,79 Krankheitsfälle und auf jedes Mitglied zwöif Krankheitsstage entfielen, und daß unter den in genanntem Jahre gestorbenen Mitgliedern nicht weniger als 55,06 Proz. an unfrer Gewerbekrankheit (Halb- Brust- und Lungenerkrankungen) gelitten hatten. Das Vorkommen von Bleikolik, welche die „Sachsenchau“ originell findet, ist trotz der Bundesratsverordnung vom Jahre 1897 stabil geblieben, was die über die in den Krankenanstalten in Preußen behandelten schweren Fälle

gegebenen Ausweise ja deutlich zeigen. Da der Drucker der „Sachsenchau“ zu den Prinzipalen gehören will, welche von ihrem Geschäft etwas verstehen, so sei ihm über die Bestandteile unfrer Schriftmetalles nur gesagt, daß Erwägungen zur Entfernung des Bleies aus der jetzigen Zusammenetzung allen Ernste im Gange sind, um die Gefahr der Bleierkrankung bei den Schriftgießern und Setzern zu beseitigen. Diese Gefahr spukt nicht nur in den Körpern vieler Gewerbeinspektoren, das ist keine Gespenssterei der Ärzte, sondern sie ist eine Tatsache, die nur einem Prinzipale entgehen kann, der solche sachmännische Bildung genossen und so viel vom eignen Geschäft versteht als Herr Eskar Kienkler. Was hat dieser Mann bzw. sein für eine andre Karriere einstens bestimmter Redakteur überhaupt nicht schon über Buchdruckerangelegenheiten in seinem Blatte zusammen geschrieben! Wir sehen ab von den tiefgründigen Betrachtungen über den Tarif und dessen Schädlichkeiten, an denen die „Sachsenchau“ so lange herumwürgte, bis sie eines Tages den böien Tarif doch verschlucken mußte. Nein, es liegen noch schmerzlichere Sachen vor. So schrieb dieses Antikemistenblatt anfangs 1903, die Magdeburger Buchdrucker wollten den Kollegen Neßhäuser als Reichstagskandidaten aufstellen! Und als im November vorigen Jahres Kollege Krahl seinen Platz in der Abteilungsabteilung der Magdeburger „Volksstimme“ mit dem Redakteurshemmel in „Corr.“ vertauschte, da schrieb genanntes Blatt: Krahl sei überhaupt kein Sozialdemokrat, denn als man ihm seinerzeit einen Posten in der Redaktion der „Volksstimme“ angetragen, habe er schlanweg abgelehnt. Obwohl dieses dumme Zeug sich in Voraussetzung und Folgerung auf demselben Niveau bewegt wie die diesmaligen Ansichten über die gesundheitlichen Verhältnisse bei den Buchdruckern, so nahm von der Reichstagskandidatur Neßhäusers damals ein Arbeiterblatt allen Ernstes Notiz. Einer ähnlichen sensationellen Entdeckung der „Sachsenchau“ möchten wir mit diesen Zeilen vorbeugen haben.

Gegen das Amtsblattprivilegium in Württemberg hat die Firma Gebr. Mülling in Ulm, deren tarifgegnerische Kapriolen wir jüngst einer liebevollen Betrachtung unterzogen, eine fulminante Eingabe an den Landtag gerichtet. In derselben wird ziffermäßig nachgewiesen, wie weit die „Ulmer Schnellpost“ angeblich unter diesem Systeme heruntergekommen ist, und es werden Vorschläge gemacht, wie der Karren der „Schnellpost“ wieder flotter gemacht werden kann. Daß das Amtsblattmonopol in jeder Beziehung Nachteile bringt, ist nicht zu bestreiten. Der beste Weg zur Beseitigung dieses Mißstandes ist jedenfalls der: jede Bezirksregierung gibt im Eigenverlage wöchentlich einmal ein antiliches Verbandsorgan ohne sonstigen Text oder sonstige Inzerate heraus, in welchem alle Behörden des betreffenden Bezirks ihre Bekanntmachungen zu veröffentlichen haben. Diese antilichen Publikationen können nun die Zeitungen entweder nachdrucken oder aber das Amtsblatt selbst als Beilage ihren Ausgaben gegen eine mäßige Gebühr beilegen. Dieser Vorschlag ist übrigens schon in verschiedenen Bundesstaaten gemacht worden.

Wegen angeblich mangelnder Beschäftigung ist es zu einem Ausstande in der Bukarester Staatsdruckerei gekommen. Den nicht fest angestellten Arbeitern wurde kurz vor dem Weihnachtseste mitgeteilt, daß nur noch für zehn Tage Beschäftigung für sie da wäre, mit welcher Mitteilung ihre Kündigung erfolgte. Infolgedessen beschloffen die davon Betroffenen, von der Arbeit so lange fern zu bleiben, bis die Kündigung zurückgenommen und ihr Lohn erhöht worden ist. Allem Anscheine nach hat man in diesem Staatsinstitut nur die Feiertage herauschinden wollen.

Der Kurkurs für Provinzlehrlinge, welchen der Verein für das dänische Buchgewerbe in Kopenhagen veranstaltet hatte, ist, wie die „Buchdrucker-Woche“ mitzuteilen weiß, trotz der durch die Unterbringung, die Festsetzung usw. der Lehrlinge erwachsenden Schwierigkeiten von gutem Erfolge begleitet gewesen. Die Provinzprinzipale sollen die nicht unwesentlichen Kosten durch Leistung höherer Beiträge aufbringen. Mit dem norwegischen Vereine für Buchkunst sind zwecks Zusammenarbeitens Verbindungen angeknüpft und abgeschlossen. Unsere deutschen Prinzipale können von ihren dänischen Kollegen lernen, wie sich praktisch eine bessere Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses erreichen läßt. Worte und Jammerarien tun es nicht, nur Taten!

Eine Kriegszeitung im wahren Sinne des Wortes wird von dem Leutnant Ehrapitewski unter dem Titel „Zarische“ herausgegeben. Der junge Kriegsheld kämpft mit in der Manikure; die erste Nummer wurde in einer Entfernung von nur wenigen hundert Metern vom Feinde redigiert und gedruckt (Hestographiert). Der Herausgeber ist vorsichtig genug, in einer Anmerkung jedesmal zu erklären, daß er für das regelmäßige Erscheinen des Blattes keine Garantie übernehme.

Wegen Beledigung eines Lehrers, dem er vorgeworfen, er habe das Büchlingsrecht an einer dreizehnjährigen Schülerin weit überschritten, sollte Redakteur Dämmig vom Halleischen „Volksblatt“ auf vier Monate von der Bildschie verschwinden. Das Gericht hielt jedoch 500 Mk. Geldstrafe für eine angemessene Sühne. Der Lehrer hatte das Mädchen mit Stockschlägen in das Gesicht traktiert.

„Ausferrerungen der russischen Staatsordnung“ nennt bezeichnenderweise die bürgerliche Presse den von dem Zaren an den Senat gerichteten „Reform-

erläßt", welcher erst nach Fertigstellung unserer letzten Nummer bekannt geworden und daher keine Beachtung mehr in derselben finden konnte. Was wir in Nr. 149 unter der Überschrift „Im Kaiserstaate Rußland“ schrieben, spiegelt die Situation wieder, wie sie noch am Morgen des 27. Dezember bekannt war. Nun hat die von der letzten Generalversammlung nach einer Ansprache des Fürsten Trubezkoy angenommenen Adresse, sowie die Verhandlungen der Moskauer Duma (Ratsversammlung) den Jaren doch bewegt, ein ganz klein wenig dem äußeren Druck nachzugeben und „bei der unabänderlichen Wahrung der Unerlöschlichkeit der Reichsgrundzüge“ sowie „zum Schutze der vollen Kraft des Gesetzes als der wichtigsten Stütze des Thrones und des autokratischen Reiches“ einige „unaufschiebbare“ Maßnahmen anzuordnen. Unter diesen wird auch die staatliche Versicherung der Lohnarbeiter genannt und bezüglich der Presse als notwendig anerkannt, „daß aus den gegenwärtig bestehenden Bestimmungen über die Presse überflüssige Einschränkungen zu beseitigen resp. die Bestimmungen über gedruckte Worte in klare und bestimmte gesetzliche Grenzen zu bringen sind, und daß damit der heimischen Presse gemäß ihrer fortgeschrittenen Bildung und der ihr deshalb zukommenden Bedeutung die Möglichkeit zu geben ist, ihren hohen Beruf würdig zu erfüllen und die wahre Verkünderin vernünftiger Bestrebungen zum Nutzen Rußlands zu sein.“ Wenn das zarische Manifest von in nächster Zukunft bevorstehenden großen Umgestaltungen spricht, so läßt eine im Anschlusse hieran von der Regierung erlassene (vom Oberprokurator Pobedonoszew inspirierte) Bekanntmachung keinen Zweifel, daß der jetzige Zarenersatz denselben fragwürdigen Wert hat als das seinerzeitige Friedensmanifest, daß ja zu einer regelrechten Farce geworden ist. Und nun die Presse! Der Zar mißt ihr die Rolle einer wahren Verkünderin vernünftiger Bestrebungen zum Nutzen Rußlands bei, der unheilvolle Pobedonoszew aber sagt in dem Regierungserlasse: „Den Zeitungen kommt es ja zu, ihrerseits zur Beruhigung des öffentlichen Lebens beizutragen, das von dem regelmäßigen Laufe abgewichen ist.“ Mit der Presseform wissen wir also schon, woran wir sind; mit den anderen „Reformen“ wird es sich eben so bald zeigen, daß die russische Regierung wieder einmal in faulem Zauber gemacht hat.

Die Zunahme der in den Fabriken beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter in Deutschland ist im Jahre 1903 eine ganz beträchtliche gewesen. Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen ist nämlich um 40.000, die der jugendlichen Personen um 12.458 gestiegen. Diese Zunahme erstreckt sich auf fast alle Gewerbe; am größten ist die Zahl der Arbeiterinnen und jugendlichen Personen in der Textilindustrie sowie in den Branchen der Nahrungsmittel und des Bekleidungs- und Reinigung. Im ganzen wurden beschäftigt in 62.905 (1902: 61.056) Fabriken 328.535 (314.624) erwachsene weibliche Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 Jahren, 570.803 (545.463) in höherem Alter; jugendliche Arbeiter (von 14 bis 16 Jahren) wurden gezählt 336.838 gegen 324.380 im Jahre 1902. Durch Zurücknahme der angeforderten Schlichtverlängerung auf der Seite Westend bei Unständen ist in letzter Minute ein Streik der Bergarbeiter vermieden worden, der am Vorabend von Weihnachten so gut wie sicher war. Da der „alte“ und der christliche Verband gemein-

same Sache machen wollten, wäre es zweifellos zu einem ausgedehnten Kampfe gekommen, für den die Aussichten so wie so groß genug sind. Auch auf der Seite Bruchstücke hat die Verwaltung die in bestimmte Aussicht gestellte Schlichtverlängerung nicht wieder vorgenommen. Im Neuroder Revier wird der Streik weiter geführt, während die Belegschaften von Hercules, Friedrich Wilhelm, Marie sowie die der Gewerkschaft Schönbardt bei Kassel nach vierzehntägigem Ausstände die Arbeit wieder aufnehmen, ohne die Wiedereinstellung einer Anzahl geflüchteter Arbeiter durchgesetzt zu haben. — Durch guten Zusammenhalt haben die Papierarbeiter der Weberschen Fabrik in Wehlitz (bei Scheibitz) die Zurücknahme der Forderung des Austritts aus der Organisation erreicht. — Die Einigungsverhandlungen in der Berliner Holzindustrie sind noch nicht zu Ende geführt, an einem befriedigenden Resultate ist aber trotzdem nicht mehr zu zweifeln. Am hartnäckigsten wurde um den Arbeitsnachweis gestritten, schließlich darüber aber die Verständigung erzielt, am 1. Juli, spätestens jedoch am 1. Oktober einen partiellen Arbeitsnachweis ins Leben treten zu lassen. Ueber die Tarifentwürfe für die Buntfärbler und die Labeneinrichtungsbranche waren die Verhandlungen noch nicht aufgenommen bei Schluß dieser Nummer. — Am Weihnachtsheiligsabend wurden einstweilen 50 Tischler in Danabrid ausgeperrt. — Wegen Nichterhaltung des Tarifes seitens der Unternehmer legten die Stukkateure in Münster die Arbeit nieder. — Die Tischler in den Gölzinger Fabriken für photographische Apparate erreichten nach sechzehnwöchentlichem Streik eine Lohnserhöhung. In Norwegen sollten infolge eines partiellen Streiks 6000 Holzarbeiter ausgeperrt werden. Wegen der ungünstigen Situation verzichteten die Arbeiter der betreffenden Fabrik jedoch auf die Forderung der sofortigen Wiedereinstellung aller Ausständigen und so wurde denn der Aussperrungsbeschluss wieder zurückgenommen.

**Gestorben.**  
In Berlin am 15. November der Seher Albert Wedell, 31 Jahre alt — Brustfellentzündung; am 16. November der Seher Willy Pahlow, 23 Jahre alt — Lungenentzündung; am 4. Dezember der Seher Franz Raft, 43 Jahre alt — Herzlähmung; am 7. Dezember der Druckerinvalide Julius Biebeck, 52 Jahre alt — Herzschlag; am 9. Dezember der Seher Eugen Metzroggen, 47 Jahre alt — Speiseröhrenverengerung; am 10. Dezember der Seher Georg Koch, 19 Jahre alt — Vergiftung; am 12. Dezember der Seher Otto Schuler, 48 Jahre alt — Nierenentzündung; am 20. Dezember der Maschinenseher Reinhold Gressenius, 32 Jahre alt — Lungenentzündung; am 24. Dezember der Schriftgießereibesitzer Hermann Berthold.  
In Entenberg b. Nürnberg der Seher Johann Götswein, 28 Jahre alt — Lungenleiden.  
In Kassel am 20. Dezember der Seher Johannes Brandau, 37 Jahre alt.  
In Königsberg i. Pr. am 21. Dezember der Seher Karl Horn, 63 Jahre alt.  
In Regnitz am 26. Dezember der Seherinvalide Hermann Scholz, 45 Jahre alt.  
In Oranienburg (im Krankenhaus) am 27. Dezember der Seher Albert Schumacher, 26 Jahre alt.  
In Wien am 16. Dezember der Seher August Stejandl, 31 Jahre alt.

**Briefkasten.**  
Mehrere Kollegen in München: Anonyme Einwendungen bleiben unberücksichtigt. — K. in K.: Ihre Anfrage unterbreiten wir dem Gehilfenvertreter. — St. in Nürnberg: 4,05 Mk. — F. Sch. in Regensburg: Ist nur als Inzerat aufnahmefähig. — R. 100, G.: „Die Auffündigung kann nur am regelmäßigen Zahltag geschehen“, steht im Tarife, ergo ist die Form der Ihnen gegenüber geübten Kündigung unzulässig. — O. B. in Perleberg: 3,80 Mk. — P. F. in Regnitz: 3,80 Mk. — D. K. in Gera: Im Verlage des Deutschen Buchgewerbevereins, Leipzig, Dolzstraße 1; pro Heft 50 Pf.

**Verbandsnachrichten.**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Gnamjossplatz 5, III.  
**Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.** Mittwoch den 4. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr. Vereinsversammlung im „Gewerkschaftshaus“, Engelsufer 15.  
**Bezirk Brandenburg.** Die Wohnung des Kassierers Otto Zimmermann befindet sich vom 1. Januar ab Bäckerstraße 43.  
Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):  
In Bayreuth der Drucker Johann Gähler, geb. in Kolmdorf 1886, ausgl. in Bayreuth 1903; war noch nicht Mitglied. — In München die Seher 1. Franz Ger. Dallmaier, geb. in München 1842, ausgl. daf. 1862; war noch nicht Mitglied; 2. Josef Mayer, geb. in Ingolstadt 1858, ausgl. in Kempten 1877; war schon Mitglied. — L. Zoelisch in München, Auenstr. 22, I, 1.  
In Pirmaisens der Seher Kurt Fohn, geb. in Altenburg 1884, ausgl. in Schlez 1903; war schon Mitglied. — Friedrich Weder, Schwannstraße 14.  
In Potsdam der Seher Edwin Kührich, geb. in Söbtau 1882, ausgl. daf. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Riesa der Seher Max Kreller, geb. in Riesa 1885, ausgl. daf. 1904; war schon Mitglied. — Hermann Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.  
In Letztang der Seher Karl Mayer, geb. in Letztang 1878, ausgl. daf. 1895; war schon Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.  
In Zoffen die Seher 1. Karl Menelyha, geb. in Charlottenburg 1886, ausgl. daf. 1904; 2. Ernst Soult, geb. in Berlin 1885, ausgl. in Gr.-Nichterfelde 1904; die Maschinenseher 3. Georg Gutschalk, geb. in Königs- hütte (D.-Schl.) 1885, ausgl. daf. 1904; 4. Franz Moser, geb. in Wiesbaden 1876, ausgl. daf. 1894; waren noch nicht Mitglieder. — In Neu-Babelsberg die Seher 1. Gustav Deutter, geb. in Fürth (Bayern) 1882, ausgl. in Redwitz 1900; 2. Hermann Scholz, geb. in Beuthen (D.-Schl.) 1883, ausgl. daf. 1900; waren schon Mitglieder; 3. der Drucker Willi Motz, geb. in Braunschweig 1879, ausgl. daf. 1898; war noch nicht Mitglied. — In Jüterbog der Seher Otto Friedrich, geb. in Jüterbog 1885, ausgl. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — In Spandau der Drucker Franz Petric, geb. in Dösch (Pöpp.) 1884, ausgl. in Heindrichswalde (Pöpp.) 1904; war noch nicht Mitglied. — Otto Sendke in Brandenburg a. H., Plauerstraße 14.

**Buchdruckmaschinenmeister**

tüchtige Kraft, zum baldigen Antritte in dauernde Stellung gesucht. Bevorzugt Bewerber, welche mit Frontbogenmaschine vertraut, sowohl im Plattendrucke als auch im Autotypie und Dreifarbenrucke bewandert sind.

**Tüchtige Galvanoplastiker** gesucht:  
ein Präger,  
ein Richter,  
ein Fertigmacher.

Es mögen sich nur Spezialitäten melden, welche bereits in Ritzschfabriken tätig waren. Werte Offerten unter M. S. 300 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Tüchtige Schriftschleiferinnen** und -Schnneiderinnen in dauernde Kondition gesucht.  
Sauerische Gießerei, Frankfurt a. M.

**Ein tüchtiger Justierer** sucht Stellung. Derselbe ist mit dem neuesten Mikroskopieren sehr gut bekannt und arbeitet selbständig damit. Werte Offerten erbeten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A. Z. 361.

**Junger Galvanoplastiker** sucht baldigst Stellung. Werte Offerten unter M. W. 371 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Bezugspreis des Corr.** Bei allen Postämtern in Deutschland und vierteljährlich 0,65 Mk. (in Oesterreich-Ungarn und dem übrigen Auslande ist der Bezugspreis bei den Postämtern zu erfahren). — Unter Band nach Deutschland und Oesterreich 1,75 Mk. nach dem übrigen Auslande 2,50 Mk. Bei wöchentlich einmaliger Zustellung (3 Nummern zusammen) nach Deutschland und Oesterreich 1,00 Mk., dem übrigen Auslande 1,25 Mk.

**Stereotypen u. Galvanoplastiker!**  
Die Kollegen werden im eignen Interesse wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Konditionsangeboten nach Breslau immer erst Erfindungen einzuziehen beim Vorliegenden G. Schellbach, Tempelhofer Berlin, Friedrich Wilhelmstraße 15. [606]

**Achtung**  
Schriftgießer, Stereotypen, Galvanoplastiker.  
Die Kollegen werden im eignen Interesse wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Konditionsangeboten nach Breslau immer erst Erfindungen einzuziehen beim Vorliegenden des hiesigen Vereines [333] Karl Franke, Breslau IX, Gellhornstr. 22.

**Deutscher Buchdruckerkalender** für 1905  
von Ludwig Rexhäuser.  
Preis 1 Mk. ausschl. Porto, im Buchhandel 1,50 Mk.  
Verlag von Radelli & Hille, Leipzig Salomonstrasse 8.

Die durchreisenden Kollegen sagen dem Vereine der Berliner Buchdr. und Schriftgießer sowie der Verwaltung des Gewerkschaftshauses für freudl. Bewirt. a. Weihnachtsfeste besten Dank.  
In postalischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den Corr. bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des Corr., sondern an Konrad Eichler adressieren.

**Sein Jahreswechsel**  
sprechen wir allen Mitarbeitern und Lesern des „Correspondent“ die herzlichsten Glückwünsche aus mit der Bitte, uns bei der Wahrnehmung der Verbandsinteressen auch im neuen Jahre tatkräftig unterstützen zu wollen.  
Redaktion und Geschäftsstelle des „Correspondent“.

Allen werten Kunden und Geschäftsfreunden 3. Jahreswechsel [375] die herzlichsten Glückwünsche.  
**M. Jahn, Leipzig-R., Täubchenweg.**  
Spezialgeschäft für Buchdrucker- und Schriftgießerei.

Von seinem langen schweren Leiden wurde am zweiten Weihnachtsfeiertage durch einen sanften Tod erlöst unser lieber Kollege, der Schriftsetzerinvalide  
**Hermann Scholz**  
im Alter von 54 Jahren. [374]  
Sein Andenken wird stets in Ehren halten  
Legnitzer Typographie (Ortsverein i. V. D. B.)

**Todes-Anzeige.**  
Am 23. Dezember verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer  
**Johann Götswein**  
in seiner Heimat Entenberg bei Nürnberg im 29. Lebensjahre. Derselbe konditionierte zuletzt in Graz. Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm [369]  
Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Am 27. Dezember starb im Krankenhaus zu Oranienburg unser lieber Kollege, der Schriftsetzer  
**Alb. Schumacher**  
im 26. Lebensjahre an der Berufskrankheit. Sein offener und ehrlicher Charakter sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken. [378]  
Mitgliedschaft Perleberg.

**Richard Härtel, Leipzig-R.**  
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)  
Kohlgartenstrasse 48  
liefert Werke aller Art zu Lodenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.  
Redaktion der Buchdruckereien deutscher Sprache. Bearbeitet von Dr. Konrad Widen. 1,50 Mk.  
Illustrierte Encyclopädie der graphischen Künste und der verwandten Zweige. 911 S. Legationsformat mit 681 Ill. eleg. geb. 12 Mk.  
Der Satz des Franzosen. Von Reinhold. Mit besonderer Berücksichtigung der Aussprache. 30 Pf.  
Infernenmuster (280). Von S. G. 1 Mk.